

Landwirtschaft ist hochpolitisch

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck über die Auseinandersetzung um die künftige Lebensmittelerzeugung, Ursachen für die Entfremdung zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft und die Anforderungen an die weitere Gestaltung der Agrarpolitik

Landwirte genießen Umfragen zufolge in der Bevölkerung hohes Ansehen. Gleichzeitig misstrauen immer mehr Menschen ihren Produktionsmethoden. Steht konventionelle Landwirtschaft unter Generalverdacht?

Habeck: Ich weiß, dass viele Landwirte das so wahrnehmen, und in der gesellschaftlichen Debatte herrscht ja zuweilen auch ein harter, mitunter diffamierender Ton. Andererseits sind die Bauernlobbys auch nicht gerade zimperlich. So entsteht ein Bild: die Gesellschaft auf der einen Seite und die Landwirte auf der anderen. Ich glaube, das verschärft aber die Probleme, weil sich die Landwirtschaft damit ins Abseits stellt. Sie muss doch sagen: Wir sind Teil der Gesellschaft, wir sind mittendrin und wir führen eine gemeinsame Debatte über unsere Zukunft.

Insbesondere durch die lauter gewordene Kritik von NGOs, aber auch von Teilen der Politik, fühlen sich viele Landwirte angegriffen und teilweise persönlich verleumdet. Die Stimmung hat sich deutlich verschlechtert. Haben Sie dafür Verständnis?

Habeck: Ich höre immer wieder von solch verletzenden Äußerungen. Manchmal werden sogar die Kinder von Bauern angegangen, nur weil die Eltern Bauern sind. Das stößt mir richtig auf. Das ist schlicht unanständig.

Welche Verantwortung haben politische Parteien in der Auseinandersetzung um die künftige Ausrichtung der Erzeugung von Lebensmitteln?

Habeck: Eine hohe. Gerade weil ich meine, dass es darum geht, das System zu hinterfragen, statt Landwirte zu beschimpfen oder Verbraucher zu erziehen, ist die gesamte Frage eine politische.

Die Grünen haben Fragen von „Ernährung und Landwirtschaft“ in Wahlkämpfen auf Bundes- und Landesebene thematisiert und waren damit unterschiedlich erfolgreich. Eignet sich Landwirtschaft als Thema in Wahlkämpfen, in denen Zuspitzungen unvermeidlich sind?

Habeck: Das Thema, wie unsere Lebensmittel entstehen und wie wir mit Tieren und Lebensgrundlagen umgehen, beschäftigt immer mehr Menschen. Natürlich muss darüber in Wahlkämpfen gesprochen werden und natürlich ist die Frage hochpolitisch. Ich sehe sogar einen Zusammenhang mit der Frage, wie wir künftig Ursachen für Flucht und Migration eindämmen.

Bleibt Landwirtschaft für die Grünen ein Wahlkampfthema?

Habeck: An der Debatte um Landwirtschaft und Lebensmittel wird kein Wahlkampf mehr vorbei kommen. Diese Frage ist sehr lebensnah, weil jeder isst und trinkt. Und sie ist gleichzeitig eine Kernfrage für Sicherheit und Außenpolitik, weil der Kampf um Ressourcen zu mehr, zu zusätzlicher Instabilität führt.

Wie müsste die Auseinandersetzung geführt werden, um nicht noch weiter zu polarisieren?

Habeck: Auf Augenhöhe, ruhig mal kämpferisch, aber mit Respekt.

Was sind nach Ihrer Einschätzung die Ursachen für die Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber weiten Teilen der heutigen Landwirtschaft?

Habeck: Es gibt zwei Ursachen. Erstens eine starke Entfremdung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und der realen Landwirtschaft. Wir wissen kaum um die realen Produktionsbedingungen. Wir kaufen Fleisch und lassen uns von den Werbeaufdrucken täuschen, die suggerieren, dass die Schweine mit Ringelschwänzen im Dreck unter Apfelbäumen wühlen und im Fachwerkhaus schlafen. Wenn wir dann mal Bilder einer alltäglichen konventionellen Haltung sehen, sind wir empört und zeigen auf die Landwirte und sagen, wie könnt Ihr nur! Statt zu fragen, warum das System so ist. Und die zweite Ursache ist: Es ist eben auch nicht alles gut so, wie es ist. Es gibt zwar einen Grund, warum Schweinen regelmäßig die Schwänze kupiert werden – damit sich die Tiere die Schwänze nicht ge-

genseitig abbeißen und sich die Wunden entzünden – aber trotzdem ist es doch nicht richtig. Die Frage ist dann aber, was muss am System anders werden, damit Landwirte Schweine mit Ringelschwänzen großziehen können.

Welche gravierenden Defizite der Landwirtschaft sehen Sie?

Habeck: Die Landwirtschaft hat sich zu einem modernen, effizienten Hochleistungssystem entwickelt. Effizienz und Moderne sind ja nicht verkehrt. Aber die Intensivierung der Produktion hat negative Folgen für Böden, Gewässer und die Artenvielfalt – das erkennt übrigens in Schleswig-Holstein sogar die CDU an. Hinzu kommen die globalen Verwerfungen, die wir durch unsere Produktion auslösen. Wir haben zu viel Nitrat in Flüssen, Seen und im Grundwasser, wir haben zu wenig Rückzugsräume für Tiere und in der Tierhaltung werden die Tiere an die Haltung angepasst statt umgekehrt. Aber daneben gibt es noch ein Defizit, und zwar für die Landwirtschaft selbst: Viele Betriebe unterwerfen sich dem vermeintlichen Zwang, immer weiter wachsen und mehr produzieren zu müssen – vor allem für den Export. Gerade bei der Milchpreiskrise sehen wir aber, dass die Betriebe dadurch enorm anfällig werden und die Abwärtsspirale bei Preisen durch mehr Produktion beschleunigt wird. Das sollte uns zu denken geben.

Wie sollten die Landwirte in der gegenwärtigen Auseinandersetzung reagieren?

Habeck: Viel wäre gewonnen, wenn sich die Landwirtschaft an die Spitze der Debatte stellen würde. Wenn die Verbände mal erklären würden: Ja, wir wissen, dass nicht alles gut ist, lasst uns gemeinsam nach Lösungen suchen. Wenn wir eine gemeinsame Problembeschreibung hätten, könnten wir über die Kernfrage reden: Wie kann die Landwirtschaft nachhaltiger, umwelt- und ressourcenschonender und dabei finanziell auskömmlich wirtschaften?

Im Zentrum der Kritik steht die Tierhaltung, wie sie heute auf den meisten Betrieben gang und gäbe ist. Hier ist die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen der Verbraucher und der Realität besonders groß. Reicht es aus, die Ursachen dafür in einer romantisierenden Werbung zu suchen?



Foto: GrüneSH / Lizenz: creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0

Dr. Robert Habeck ist seit 2012 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Im Frühjahr 2015 hat der 46-jährige Grünen-Politiker angekündigt, er wolle sich um die Spitzenkandidatur seiner Partei zur Bundestagswahl 2017 bewerben. Nach derzeitigem Stand tritt er damit in der vorgesehenen Mitgliederbefragung in Konkurrenz mit Grünen-Fraktionschef Dr. Anton Hofreiter. Habeck stammt aus Lübeck. Der Doktor der Philosophie war vor seiner politischen Laufbahn erfolgreich als Schriftsteller tätig. Den Grünen gehört er seit 2002 an. Seit 2005 ist der Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtags.

Habeck: Die Milchtüte mit dem glücklichen Rind mit Hörnern auf der Weide ist faktisch Verbrauchertäuschung. Aber die Entfremdung geht ja weiter: Landwirtschaft auf dem Land wird ja immer weniger sichtbar. Die Zahl der Betriebe halbiert sich alle 20 Jahre – völlig ohne grüne Agrarminister. Inzwischen gibt es Dörfer ohne Bauern. Und es leben auch viel mehr Menschen in der Stadt, die das Schwein nur in Stückchen zerlegt in der Kühltheke kennen. Schon allein dadurch wächst die Diskrepanz. Außerdem sind die großen, modernen Ställe – auch wegen notwendiger Hygienevorschriften – geschlossene Systeme. Wir sehen nicht mehr, wie Schweine, Rinder und Hühner leben.

Eine Weiterentwicklung der Tierhaltung kostet Geld. Der Wissenschaftliche Beirat nennt in seinem Gutachten eine Summe von 3-5 Mrd. € pro Jahr. Wer sollte für die Kosten aufkommen?

Habeck: Ja, mehr Platz für die Tiere, mehr Weidegang, besseres Stallklima – all das macht die Tierhaltung teurer. Dabei bekommen schon jetzt viele Schweinehalter die Produktionskosten über die Preise nicht mehr rein. Ein wirksamer Ansatz kann entweder über die Supermarktkasse erfolgen oder dass wir gesellschaftlich gewollte Werte, die nicht vergütet werden, staatlich bezahlen. Erste Ansätze gibt es über die EU-Förderung für den ländlichen Raum: In Schleswig-Holstein haben wir z. B. ein Programm für tiergerechte Ställe aufgelegt, fördern Weidegang, heimische Eiweißpflanzen, über Beratung eine gewässerschonende Landbewirtschaftung und natürlich alle Formen von Vertragsnaturschutz. Dieser Ansatz sollte bei einer Neuausrichtung der EU-Agrarförderung viel stärker vorangetrieben werden.

Wie verlässlich können Finanzausgaben der Politik angesichts enormer gesellschaftlicher Aufgaben wie der Integration von Flüchtlingen sein?

Habeck: Das ist die zentrale politische Frage angesichts von Flüchtlingen, Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa und der Finanzkrise. Wird man erfolgreich Gelder für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum verteidigen können, wenn man nichts ändert? Oder ist man erfolgreicher, wenn man diese Gelder an Leistungen bindet. Ich rate zu letzterem. Die EU gibt jedes Jahr 41 Mrd. € für Direktzahlungen an die Landwirte aus, 5 Mrd. allein in Deutschland. Die Gelder fließen nicht zielgerichtet, sondern sind breit gestreut. Faktisch fördern sie in erster Linie die Bodenbesitzer – die aber vielfach das Land gar nicht selbst bewirtschaften. In Europa sind aber nur noch etwa noch etwa 60 % des Landes im Besitz aktiver Bauern, in Deutschland 40 %, und in Schleswig-Holstein 50 %. Der Rechtfertigungsdruck für die Milliarden-Zahlungen wird deutlich zunehmen. Es ist also im Interesse der Landwirtschaft, schrittweise ein Fördersystem zu entwickeln, bei dem die Zahlungen der Allgemeinheit dienen und dann auch als berechtigt anerkannt werden.

Warum entscheiden sich Verbraucher an der Ladentheke anders, als ihre geäußerten Wertvorstellungen erwarten lassen?

Habeck: Weil sie Menschen sind. Als Bürgerinnen und Bürger treten sie für bessere Produktionsbedingungen ein, aber als Konsumenten sind sie gehetzt

im Alltag, vielleicht auch knapp bei Kasse, verfügbar durch Werbung. Diese Unvollkommenheit gehört zu uns Menschen dazu. Gerade deshalb bedarf es einer anspruchsvollen Politik.

Wie beurteilen Sie den Konflikt zwischen Ordnungsrecht und Freiwilligkeit?

Habeck: Ein bisschen bin ich die Diskussion über Ordnungsrecht gegen Freiwilligkeit leid. Ein Staat muss doch Rahmenbedingungen schaffen, damit alle gleiche Spielregeln haben. Und gleichzeitig setzen wir mit Förderprogrammen Anreize, freiwillig anders zu wirtschaften – mit Vertragsnaturschutz, Stallbauförderprogrammen, Gewässerschutzberatung usw. Aber auch freiwillige Programme kommen nicht ohne Vorgaben aus. Letztlich geht es um ein Zusammenspiel. Aufpassen muss man aber natürlich, dass die Bürokratie durch Umstellung von Förderprogrammen nicht so erdrückend wird. Unter ihr haben die Landwirte jetzt schon zu leiden. Relevant bei einer solchen Reform wäre die Frage der Cross Compliance Kontrollen. Diese helfen heute sehr bei Überprüfungen der Betriebe z. B. im Bereich Tierschutz.

Eine Verringerung des Fleischkonsums in den Industrieländern gilt als ein Ansatz sowohl zur Lösung von Umweltproblemen, aber auch als Mittel für eine gesündere Ernährung. Sollte Politik steuernd eingreifen, um den Fleischkonsum zu reduzieren?

Habeck: Darüber sprachen wir ja eben schon. Die Antwort ist ja. Aber wir sollten die politischen Bedingungen, die Spielregeln der Produktion ändern, nicht den Menschen ein anderes Verhalten vorschreiben. Wir sind ja Politiker, keine Erzieher. Wir brauchen auch gar nicht bessere Menschen für bessere Politik. Sorgen wir also dafür, dass Tiere mehr Platz bekommen, dass mehr Ökologie in die Landwirtschaft einzieht. Dann steigen die Produktionskosten, das Angebot wird perspektivisch knapper. Um nicht den Landwirten ihre Lebensgrundlage zu nehmen, müssen wir aber perspektivisch zu anderen Verdienstmöglichkeiten kommen.

Landwirte können nur dann Produktionsmethoden ändern, wenn sie wissen, was „die Gesellschaft“ von ihnen will. Gefordert wird allenthalben ein breiter Dialog. Mit wem soll der geführt werden?

Habeck: Naja, die Gesellschaft sind ja nicht in erster Linie die Konsumenten, sondern die Bürger und sie werden in einer Demokratie durch Parlamente und Regierungen repräsentiert.

Wie sollte der Dialog zwischen Erzeugern und gesellschaftlichen Gruppen organisiert werden?

Habeck: Das Wie ist vielleicht nicht das Entscheidende, sondern dass es überhaupt passiert. Wir haben beispielsweise in Schleswig-Holstein einen Runden Tisch „Tierschutz in der Nutztierhaltung“ ins Leben gerufen, an dem wir intensiv mit Wirtschaft, Verbänden, Tierschutz und Wissenschaft diskutieren – und mehr als das. Wir haben uns bei einer Reihe von Fragen, etwa für die Sedierung von Kälbern bei der Enthornung, auf ein Vorgehen verständigt, einen Kodex zum Verbot der Schlachtung gravider Rinder verabschiedet, erarbeiten einen Leitfaden zum Verzicht auf das Schwänzekupieren bei Schweinen und so weiter. Das ist ein mühsamer Prozess, indem es oft zwei Schritte vor und einen zurückgeht, aber es geht voran.

Was erwarten Sie von den Landwirten und NGOs in diesem Dialog?

Habeck: Von Landwirten vor allem, dass sie sich der Debatte stellen. Über Argumente für und wider, über den Sinn oder Unsinn von Lösungsmöglichkeiten können wir dann streiten. Aber die Haltung, alles ist gut, ist nicht hilfreich – am wenigsten für die Bauern. Von NGOs, dass sie sich auf die Wirklichkeit einlassen. Nur wenn man erkennt, wie die reale Landwirtschaft ist und versteht, wie die ökonomischen Produktionszwänge sind, kann man Lösungen finden. Und von beiden wünsche ich mir Fairness und einen gewissen Respekt in der Debatte.

Welche Aufgabe hat die Politik in diesem Prozess?

Habeck: Als Landwirtschaftsminister muss ich die betriebswirtschaftlichen Interessen der Bauern sehen – sie müssen ihre Familien ernähren, ein gutes Leben leben und eine Hofnachfolge finden können. Als Umwelt- und Tierschutzminister habe ich Gewässer, Böden, Klima und das Tierwohl im Blick. Ich muss also gesellschaftliche Ansprüche und berechnete Interessen der Landwirte zusammendenken. Das ist ein höherer Anspruch als nur an die Rolle des Moderators: Denn diese gegensätzlichen Perspektiven verlangen von der Politik, beim Ringen um Lösungen neue Wege aufzuzeigen.

Welche Rolle sollte insbesondere das Bundeslandwirtschaftsministerium in der derzeitigen Auseinandersetzung spielen?

Habeck: Es sollte mehr sein als der Sachwalter der Interessen der Landwirtschaft. Es sollte die drängenden Fragen der Welternährung – wachsende Weltbevölkerung, Klimawandel, Konkurrenz um die Ressourcen, Hunger – mit der Zukunft der heimischen Landwirtschaft verbinden. Und im Interesse der Landwirtschaft sollte es offensiv die Diskussion führen, wie sich das EU-Agrarfördersystem entwickeln kann, damit wir nicht bald nur noch sehr wenige, sehr große und sehr spezialisierte Betriebe haben, die in großen Mengen billige Lebensmittel produzieren, sondern der Wachse-oder-Weiche-Spirale entkommen und Lebensmitteln wieder den Wert geben, den ihr Name eigentlich fordert. Es wäre dringend an der Zeit, dass sich Deutschland nicht als ewiger Bremsklotz erweist, sondern als Reformmotor fungiert. Und meine Erfahrung ist, dass man Umwelt- und Agrarpolitik gemeinsam betreiben muss.

Die Agrarstrukturen innerhalb Deutschlands unterscheiden sich erheblich voneinander, nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland. Durch den Einstieg von außerlandwirtschaftlichen Investoren, bislang vor allem in ostdeutsche Betriebe, ergeben sich neue Entwicklungen. Muss Politik hier stärker regulierend eingreifen?

Habeck: Da, wo der Markt gestört ist, ja. Es gibt seit einiger Zeit eine Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft, die einen Katalog von Maßnahmen aufgeführt hat. Vor allem die ostdeutschen Länder wollen sie ergreifen. In Schleswig-Holstein haben wir noch nicht diese Spekulationskäufe – wohl auch, weil unsere Bodenpreise schon sehr hoch sind.

Was sollten die Länder tun?

Habeck: Im Moment ist es an den Ländern, den Bund zu treiben und im Rahmen ihrer Möglichkeiten das zu tun, was der Bund nicht macht. Wir erarbeiten neue Vorschläge zur Milchpreissteuerung, um die Betriebe nicht allein zu lassen, die Runden Tische Tierschutz gehen alle von den Ländern aus, wir haben konkrete Vorschläge für eine Novellierung der Düngeverordnung gemacht. Vom Bund kommt zu wenig.

Brauchen wir konkrete agrarstrukturelle Vorgaben?

Habeck: Vorgaben nicht, aber ich fände es hilfreich, wenn die Politik mal beschreiben würde, wie die Agrarstruktur in Zukunft aussehen soll. Wie wenig Bauern wollen wir uns leisten? Wie viele Tiere verträgt unser Land? Und daraus könnte sich dann eine Debatte über die richtigen Maßnahmen entwickeln.

Sie haben im Sommer mit einem Vorschlag für einen schrittweisen Ausstieg aus den Direktzahlungen die Diskussion um die GAP nach 2020 befeuert. Was hat Sie bewogen, so früh in die Diskussion einzusteigen, kaum dass die letzte Reform umgesetzt wird?

Habeck: Weil in den Mühlen der EU sieben Jahre zwischen den Förderperioden nicht lang sind. In Brüssel wird die Debatte längst geführt. Und ich sehe, dass das Greening wenig Effekt hat, dafür aber eine Mega-Bürokratie für die Landwirte und die Verwaltungen schafft. Wenn wir wirklich perspektivisch einen Systemwechsel einleiten wollen, sollten wir die Debatte jetzt führen. Sonst ist es zu spät.

Sie haben auch aus den eigenen Reihen dafür Kritik einstecken müssen. Waren Sie voreilig?

Habeck: Voreilig, weil es Kritik gibt? Wenn ich aus Angst vor Kritik keine Diskussion mehr anstoße, hieße das ja Stillstand. Und wenn die Kritik aus den eigenen Reihen kommt, umso besser. Es geht ja

darum, die Argumente zu wägen und zu diskutieren. Und ich bin sicher, dass wir eine gemeinsame Linie finden werden. Außerdem gab es mehr Zuspruch als Kritik.

Welche grundlegenden Ziele sollte die GAP nach 2020 erfüllen?

Habeck: Ziel der Agrarförderpolitik muss es erstmal sein, die Landwirte zu unterstützen und nicht die Bodenbesitzer, wenn es keine Landwirte sind. Und dann müssen die geforderten gesellschaftlichen Leistungen, die nicht an der Kasse bezahlt werden, vergütet werden, sonst treiben wir den Konflikt zwischen Bürgern und Bauern immer weiter. Zur Verfügung stehen vor allem die Gelder der 1. Säule. Das ist der Einstieg in eine Politik, die öffentliche Geldflüsse an den Erhalt von grundlegenden Werten für uns Menschen knüpft und Fördermechanismen von daher denkt und konzipiert – aus eigenem Recht und nicht als Kompensation, die sich schlicht an der Produktion orientiert. ■ Rainer Münch

EVA-Projekt*:

Vielfalt auf dem Acker

Jens Eckner und Katharina Winter

Wegen einer zunehmenden Kritik an der „Vermaisung“ der Landschaft und der mit einer engen Fruchtfolge verbundenen Probleme forscht das EVA-Projekt seit über zehn Jahren an der Entwicklung von Fruchtfolgen mit unterschiedlichen Energiepflanzen an verschiedenen Standorten in Deutschland. Dazu erfolgen Untersuchungen dieser Fruchtfolgen zu Anbaueignung, ökonomischer Vorzüglichkeit und deren Umweltwirkungen. Ziel ist die Entwicklung von nachhaltigen Anbausystemen für Energiepflanzen für die verschiedenen Anbauregionen Deutschlands als Empfehlungen für die landwirtschaftliche Praxis.

Landwirte sind primär Unternehmer, ihre Flächenbewirtschaftung also auf Einkommenssicherung und Gewinnoptimierung ausgerichtet. Ziele wie der langfristige

Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und der Produktionsgrundlagen wie auch betriebsstrukturelle und arbeitswirtschaftliche Grenzen stehen dem oft entgegen. Neben der

Beachtung von rechtlichen Rahmenbedingungen sehen sich Landwirte zusätzlich gesellschaftlichen Forderungen zu ihrer Wirtschaftsweise und deren Auswirkungen auf Agrarökosysteme ausgesetzt.



Foto: J. Lindner

Jens Eckner und Katharina Winter

Thüringer Landesanstalt
für Landwirtschaft (TLL),
Koordination/Öffentlichkeitsarbeit EVA
Tel. (03641) 683-255

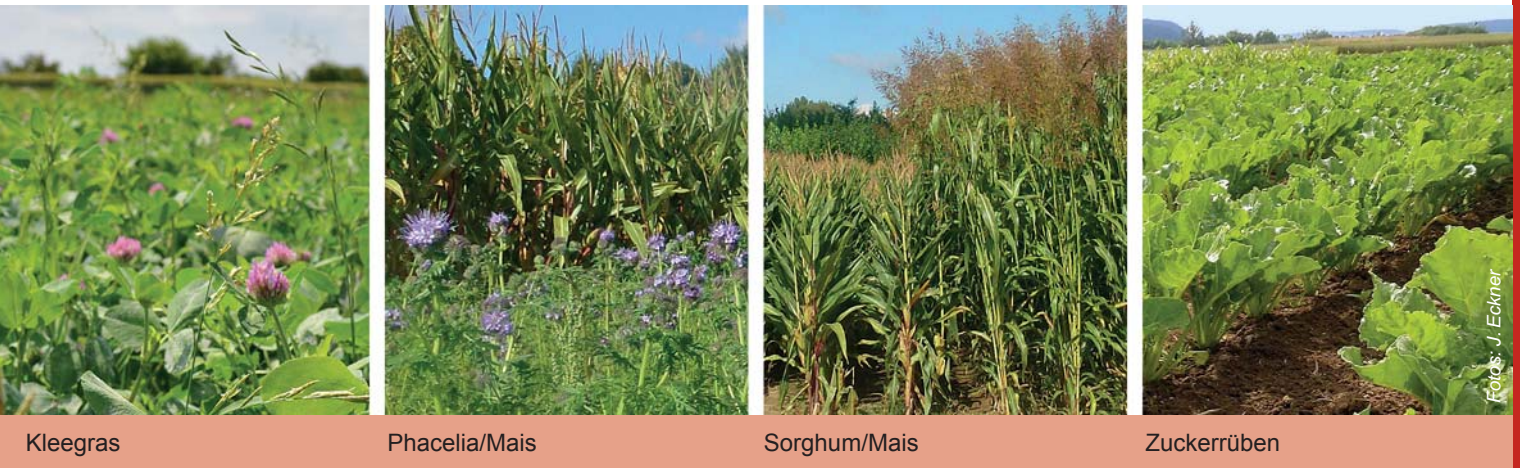
* EVA: Entwicklung und Vergleich von optimierten Anbausystemen für die landwirtschaftliche Produktion von Energiepflanzen unter den verschiedenen Standortbedingungen Deutschlands



Foto: U. Lindner

Stoffausträge

Gezielte Düngung und Fruchtfolgegestaltung sollen Erträge, Qualität von Ernteprodukten sowie Bodenfruchtbarkeit langfristig sichern. Auch Stickstoffverbin-



Kleegrass

Phacelia/Mais

Sorghum/Mais

Zuckerrüben

Foto: J. Eckner

dungen werden als Pflanzennährstoffe eingesetzt. Nicht von den Nutzpflanzen aufgenommener Stickstoff führt jedoch – soweit er nicht in den Böden gespeichert wird – zur Belastung von Gewässern und Ökosystemen. Außerdem entstehen bei der Produktion und Nutzung von Stickstoffdüngern Treibhausgase und versauernde Luftschadstoffe. Trotz einer Reduzierung der Stickstoffüberschüsse in den vergangenen Jahren um etwas mehr als 20 % gegenüber 1991 liegen die Werte bundesweit noch über dem angestrebten Zielwert der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 80 kg/ha und Jahr (Bundesamt für Naturschutz). Neben abnehmenden Tierbeständen beruhen die Rückgänge auf Effizienzgewinnen bei der Stickstoffnutzung. Dabei zeigt sich, dass in Betrieben mit vergleichbarer Produktionsstruktur sehr unterschiedliche Stickstoffüberschüsse auftreten, was auf weitere Minderungspotenziale schließen lässt.

2013 war die deutsche Landwirtschaft für die Emission von rund 64 Mio. t Kohlendioxid-(CO₂)-Äquivalenten verantwortlich. Das sind 6,7 % der gesamten Treibhausgas-Emissionen dieses Jahres. Die Emissionen aus der

Landwirtschaft sind damit, nach den energiebedingten Emissionen aus der stationären und mobilen Verbrennung (83,7 %) und vor den prozessbedingten Emissionen der Industrie (6,5 %) der zweitgrößte Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland (Umweltbundesamt, 2015).

Biodiversität

Marktpreise führen zu zunehmender Spezialisierung in der Produktion und zur Verengung der Fruchtfolgen. So dominieren auf den jeweils passenden Standorten die Feldfrüchte mit dem höchsten ökonomischen Ertrag. Die dadurch auftretende Konzentration bietet zwar zunächst höchste Effizienz, reduziert jedoch Biodiversität und Artenvielfalt in den Agrarökosystemen und steht der Biodiversitätsstrategie entgegen.

Energiepflanzen

In Deutschland werden 2,2 Mio. ha Energiepflanzen angebaut, wovon 1,4 Mio. ha Biomassepflanzen für Biogasanlagen sind. Aufgrund etablierter Anbauverfahren sowie hoher Ertragsleistungen und Methanausbeuten belegt Mais 65 % dieser Fläche. Die Umwelt-

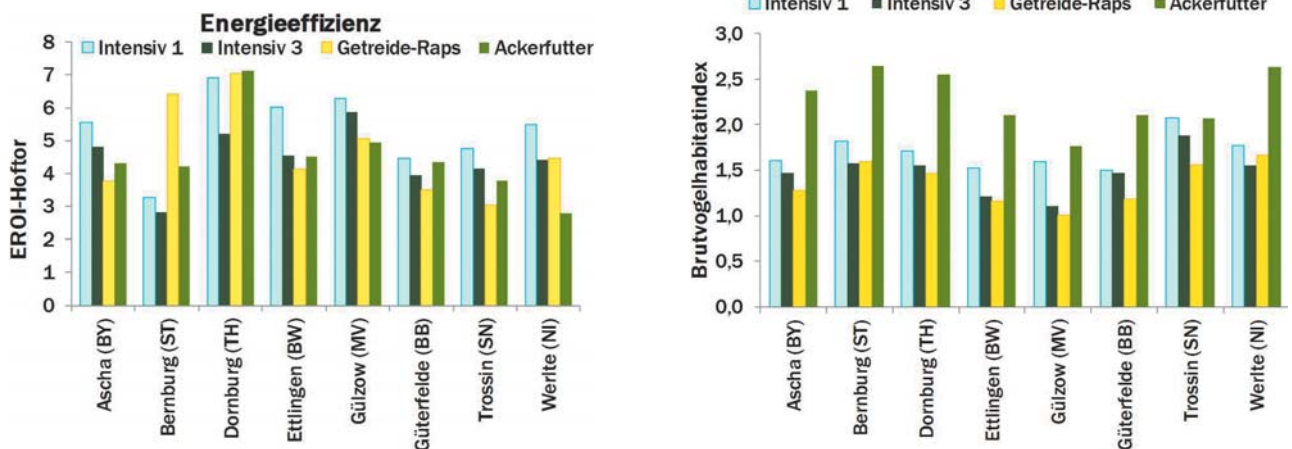
wirkungen von Energiepflanzen und auch deren Konkurrenz zu Nahrungspflanzen werden in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Energiepflanzenanbau und dessen nachhaltige Gestaltung bleibt auch nach der EEG-Novelle 2014 relevant, weil die bis jetzt genutzte Anbaufläche aufgrund des Bestandsschutzes der Biogasanlagen in den nächsten 20 Jahren zunächst konstant bleibt.

Das EVA-Projekt

Unter der Grundannahme, dass nachhaltiger Anbau von Energiepflanzen nur im Rahmen von Fruchtfolgen realisierbar ist, begann das EVA-Projekt 2005 seine Forschung. Gesucht werden Alternativen zu vorherrschenden Anbausystemen zur Bereitstellung von Biogassubstraten. Ergebnisse der Anbauversuche von 23 Versuchsstandorten bilden die Datengrundlage für übergreifende, interdisziplinäre Bewertungen der Produktion dieser Agrarrohstoffe und deren Auswirkungen auf Umwelt und Landschaft. Das EVA-Projekt nähert sich dieser Problematik von verschiedenen Seiten und Themenbereichen.¹

¹ Die pflanzenbaulichen Versuche koordiniert die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft in Jena, Umweltwirkungen bewertet das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung, Müncheberg, die ökonomische Leistungsfähigkeit der Anbausysteme ermittelt die Juniorprofessur für Produktionsökonomik der Uni Gießen, die Bewertung der unterschiedlichen Energiepflanzen hinsichtlich Konservierung und Methanausbeute leistet das Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim.

Abbildung 1 und 2: Energieeffizienz als EROI (Energieertrag/Energieeinsatz) der Energiepflanzen und Brutvogelhabitatindex (Indikator für die Biodiversität) von vierjährigen Fruchtfolgen. Beide Indices skalieren hohe Werte als gut.



Quelle: Daten aus dem EVA-Projekt, Berechnungen und Modellierung C. Peter, M. Glemnitz, Graphik K. Winter

Kern der Untersuchungen bilden die angelegten Fruchtfolgeversuche an elf Standorten unterschiedlicher Anbauregionen Deutschlands. In den Fruchtfolgen werden neben Mais verschiedene alternative Kulturen wie Sorghum (Hirs), Getreide zur Ganzpflanzennutzung, Zuckerrüben, mehrjähriges Ackerfutter und Zweikultursysteme auf ihre standörtliche Anbaueignung geprüft. In Zweikultursystemen werden auf der Fläche zwei Ernten im Jahr durch den angepassten Anbau von aufeinanderfolgenden Kulturen möglich.

Die Ergebnisse spiegeln die unterschiedlichen Auswirkungen der Vorfrüchte bzw. der gesamten Fruchtfolge auf die Kulturen wider und ermöglichen die Optimierung der Anbaufolgen. Beispielsweise kann im Zusammenspiel der Fruchtfolgekombinationen ein Nitrataustrag über Winter verhindert, eine Verminderung der Pflanzenschutzmittelaufwendung

erreicht oder eine ausgeglichene Humuswirtschaft sichergestellt werden.

Ergebnisse und Bewertungen

Aussagen über die Anbaueignung der im Vergleich geprüften Fruchtfolgen und Anbauoptionen am jeweiligen Standort und ihre ökonomische und ökologische Bewertung ermöglichen die Spezifikation von Indikatoren, deren Ableitung bzw. Modellierung aus empirischen Daten erfolgt. Dabei werden einzelne Bereiche geprüft, die unterschiedliche Anforderungen an die Landwirtschaft stellen. Für die festgelegten folgenden **Bewertungsbereiche** sind hier beispielhaft **Indikatoren** vorgestellt:

- Anbaueignung: Methanertrag² des Aufwuchses
- Umweltwirkungen: Humusbilanzsaldo³, Brutvogelhabitatindex (Biodiversitätsfaktor)⁴

- Ökonomische Vorzüglichkeit: Deckungsbeitrag⁵
- Effizienz der Ressourcennutzung: EROI (Energieeffizienzfaktor)⁶

Betrachtet werden zwei vielfältige Fruchtfolgen (Intensiv 1 und 3) mit Zweikulturnutzungen, eine reine Getreide-Raps-Fruchtfolge mit Raps als Marktfrucht und eine Ackerfutterfruchtfolge mit standortangepassten Mischungen von Leguminosen und Gräsern. Die Fruchtfolgen sind vierjährig und enden alle mit der gleichen Fruchtart Weizen als Marktfrucht, die gleichzeitig der Bewertung der Vorfruchtwirkungen dient.

Bei der Berechnung der Energieeffizienz (Abb. 1) zeigt sich eine deutliche Standortabhängigkeit für die Getreide-Raps-Variante, die an den Getreidegunststandorten Bernburg (ST) und Dornburg (TH) hohe Effizienzwerte hat. Intensiv 1 hat bei der über-

² Spezifischer Methanertrag, analysiert in Batch-Tests mit anaerober Vergärung in Übereinstimmung mit VDI 4630 (VDI, 2006, Herrmann, 2010) und den Biomasseerträgen der Feldversuche

³ VDLUFA, 2014

⁴ Modelliert (Glemnitz et al., 2014)

⁵ Deckungsbeitrag als direkt- und arbeitsenergiekostenfreie Leistung (Auerbacher, Kornatz, & Dunkel, 2013)

⁶ Modelliert mit MONICA (Nendel et al., 2011)

wiegenden Anzahl der Standorte die höchsten EROI-Werte. Für Dornburg (TH) erreicht die Ackerfuttervariante die beste Energieeffizienz und sie zeigt sich auch vorteilhaft für das Bruthabitat der Agrarvögel Feldlerche, Grauammer, Kiebitz und Braunkehlchen, bewertet durch das Lebensraummodell MODAM-HVM im Vergleich zu den anderen Varianten (Abb. 2). Beide Indikatoren stellen Umweltbewertungen dar, die z. T. sehr Gegensätzliches abbilden. Am Standort Bernburg (ST) zeigt Getreide-Raps die höchste Energieeffizienz, aber die schlechtesten Werte für die Biodiversität im Vergleich der Fruchtfolgen.

Der Indikator Humusbilanzsaldo ist für Ackerfutter positiv. Alle anderen Fruchtfolgen erweisen sich als Humuszehrer, lediglich Getreide-Raps zeigt an Gunststandorten mit hohen Erträgen durch anfallendes Rapsstroh eine Humusbilanz im ausgeglichenen Bereich. Auch die ökonomische Bewertung weist an diesen Standorten die höchsten Erträge für Getreide-Raps aus, außer in Bernburg (ST), wo Intensiv 1 die besten Ergebnisse erzielt. Ackerfutter erzielt am Vorgebirgsstandort Ascha (BY) die beste ökonomische Leistung.

Bei den Ergebnissen wird die standortabhängige Differenzierung einzelner Größen deutlich und damit auch unterschiedliche Vorzüge der geprüften Fruchtfolgen. Bei der Anbauentscheidung gilt es, verschiedene Bewertungsebenen gleichzeitig zu berücksichtigen.

Mit der interdisziplinären Auswertung der Ergebnisse wird deutlich, dass einzelne Indikatoren divergieren. Somit stehen in

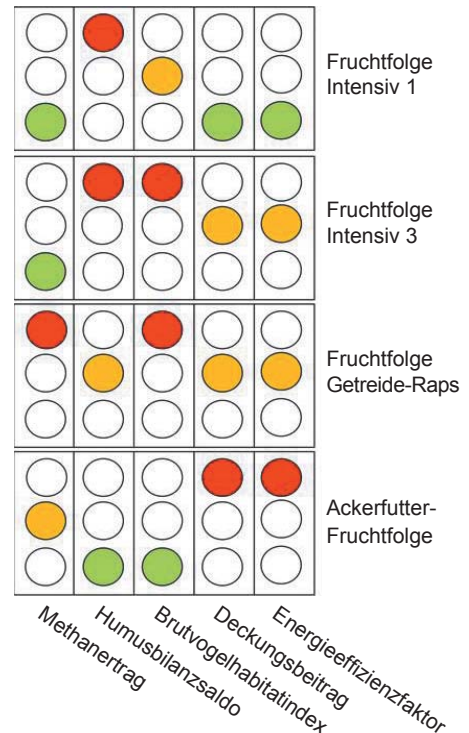
der Bewertung und bei der Anbauentscheidung einzelne Interessenrichtungen konträr zueinander. Das zeigt die Darstellung (Abb. 3) der Bewertungsbereiche in Form eines Ampelsystems, welches pro Fruchtfolge und spezifisch für jeden Standort angefertigt wird.

Die Bewertung der Fruchtfolgen am Standort Werlte macht die divergierenden Ergebnisse deutlich. Intensiv 1 hat gute Methanerträge, hohe Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz, aber negative Umweltwirkungen bei Humusreproduktion und Biodiversität. Intensiv 3 steht nur beim Methanertrag gut da und die Getreide-Raps-Variante zeigt keine grüne Ampel. Ackerfutter hat die geringsten negativen Umweltwirkungen der bewerteten Indikatoren, weist aber eine schlechte Wirtschaftlichkeit und Energieeffizienz auf. Für den Standort Werlte (NI) kann Fruchtfolge Intensiv 1 empfohlen werden, wenn ein Ausgleich der Humusbilanz durch organische Düngung und/oder Zwischenfruchtanbau stattfindet. Eine weitere Option ist der Anbau weiterer Marktfrüchte, wenn dabei das Stroh auf dem Acker verbleibt. Empfohlen werden kann außerdem das Ackerfutter, sofern eine Änderung der Bewirtschaftung in Form einer Reduktion der mineralischen Stickstoffdüngung (energieintensive Produktion) und eventuell der Schnitthäufigkeit erfolgt, um Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.

Fazit

Zu Beurteilung und Anbauempfehlung können keine generalisierten Aussagen getroffen werden. Vielfältige Fruchtfolgen bieten die Voraussetzungen, um erfolgreiche Systeme für den Anbau

Abbildung 3: Bewertung der vier Fruchtfolgen am Beispiel des Standortes Werlte in Niedersachsen im Ampelsystem dargestellt.



Quelle: Daten aus dem EVA-Projekt, Auswertung und Graphik K. Winter

von Energiepflanzen zu etablieren. Wichtig ist die Beachtung der Standortvoraussetzungen bei der Wahl der Fruchtarten und der Kombinationen in der Fruchtfolge. Vorteilhaft zeigen sich an allen Standorten Kombinationen von Getreide-Ganzpflanzensilage (GPS) und Mais oder Sorghum. Bei Getreide-GPS haben Winterungen die höheren Erträge. Die Biomassennutzung von mehrjährigem Ackerfutter bringt positive Effekte für Boden und Biodiversität in Betriebe ohne Tierhaltung. ■

Weitere Informationen zum Thema sind auf www.eva-verbund.de zu finden.

Umwelt und Landwirtschaft – Zeit für echten Fortschritt!

Dr. Knut Ehlers und Dr. Dietrich Schulz

Umweltverschmutzung wurde traditionell mit Industrie, Verkehr, Energiewirtschaft und privaten Haushalten in Verbindung gebracht. Rauchende Schloten, Abgaswolken, Schaumberge auf Flüssen und Abfälle aller Art galten als Kehrseiten des technischen Fortschritts und unseres wachsenden Wohlstandes. Nach Energiewende, geregelter Dreiwegkatalysator, Entstaubung, Entschwefelung und Entstickung von Abgasen, Kreislaufwirtschaft, fast flächendeckendem Kanalisationsanschluss und massivem Kläranlagenausbau geriet ein Wirtschaftssektor in den Fokus der Umweltdebatte, der ursprünglich dort weniger vermutet worden war: Die moderne Landwirtschaft. Riskiert ein hoch subventionierter Wirtschaftszweig mit immerhin 5 Mrd. € jährlichen Direktzahlungen aus dem allgemeinen Steueraufkommen seine gesellschaftliche Akzeptanz infolge seiner Umweltsünden?

Zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz wurde lange Zeit kein Gegensatz gesehen. Zwar hatte schon die Amerikanerin Rachel Carson in ihrem Buch „Der stumme Frühling“¹ eindringlich vor den Folgen des verbreiteten Einsatzes von Pestiziden gewarnt. Das deutsche Naturschutzrecht vermutete jedoch (formuliert in den sog. Landwirtschaftsklauseln) einen Gleichklang von Landwirtschaft und Naturschutz: Ordnungsgemäß betriebene Landwirtschaft diene im Allgemeinen den Zielen des Naturschutzes und sei kein Eingriff in Natur und Landschaft.

Diese Auffassung änderte sich grundlegend Mitte der achtziger Jahre. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen veröffentlichte 1985 ein Sondergutachten mit dem Titel „Umweltprobleme der Landwirtschaft.“² Darin stellten die „Umweltweisen“ für Deutsch-

land erstmalig den Einfluss der Landwirtschaft auf die Schutzgüter Natur und Umwelt umfassend dar und formulierten gleichzeitig eine Reihe unbequemer Empfehlungen an die Politik. Nach Auffassung des Rates war das größte Problem der Verlust an biologischer Vielfalt (Biodiversität), hervorgerufen dadurch, dass durch maschinengerecht ausgeräumte Agrarlandschaften und Einstellung vieler Standorte auf mittleren Feuchtigkeits- und hohen Nährstoffgehalt die Vielfalt an unterschiedlichen Lebensräumen (Biotopten) weitgehend beseitigt worden war und dadurch auch viele Pflanzen- und Tierarten ihre Lebensgrundlage verloren hatten. Zweitgrößtes Problem sei die Verschmutzung des Grundwassers mit Stoffeinträgen (meist Nitrat und Pflanzenschutzmittel). Es folgte die Belastung von Böden, und zwar sowohl stofflich (Schadstoffeinträge wie etwa

Schwermetalle) als auch nicht-stofflich (Erosion und Verdichtung durch große Schläge, ungeeignete Bodenbearbeitung und schwere Maschinen), die Eutrophierung von Oberflächengewässern durch Stickstoff- und Phosphorverbindungen und der Beitrag zur Luftverschmutzung durch Ammoniak und Gerüche.

Wo aber stehen wir heute – dreißig Jahre nach diesem prominenten Warnruf? Das Umweltbundesamt hat dazu ein Forschungsprojekt der technischen Universität München-Weihenstephan gefördert, um Bilanz zu ziehen und diesen Fragen detailliert nachzugehen. Das Autorenteam erarbeitete einen Abschlussbericht von mehr als 300 Seiten, der in der Reihe TEXTE des Umweltbundesamtes kürzlich veröffentlicht wurde.³ Demnach zeigt sich, dass sich die Situation der Schutzgüter Biodiversität, Landschaftsbild,



Foto: UNCCD

Dr. Knut Ehlers

Umweltbundesamt, Fachgebiet II 2.9 „Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und internationaler Bodenschutz“

Tel. (03402) 103 3356
knut.ehlers@uba.de

Dr. Dietrich Schulz

Umweltbundesamt, Fachgebietsleiter Fachgebiet II 2.9 „Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und internationaler Bodenschutz“

Tel. (03402) 103 2885
dietrich.schulz@uba.de



Foto: M. Raifmann

¹ Carson, Rachel (1962): Der stumme Frühling (englisch: The Silent Spring). 347 Seiten.

² SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen) (1985): Umweltprobleme der Landwirtschaft. Stuttgart: Kohlhammer, 423 S., Bundestags-Drucksache: 10/3613.

³ A. Heißenhuber, W. Haber und C. Krämer (2015): 30 Jahre SRU Sondergutachten „Umweltprobleme der Landwirtschaft“ – eine Bilanz. UBA TEXTE 28/2015, verfügbar unter www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltprobleme-der-landwirtschaft

Boden und Klima seit 1985 tendenziell negativ entwickelt hat. Der Belastungs- und Gefährdungszustand der Schutzgüter Luft und Wasser ebenso wie die Schadstoffbelastung von Lebensmitteln hat sich – auch durch Maßnahmen z. B. der Luftreinhaltung – hingegen in den vergangenen 30 Jahren eher günstig entwickelt.

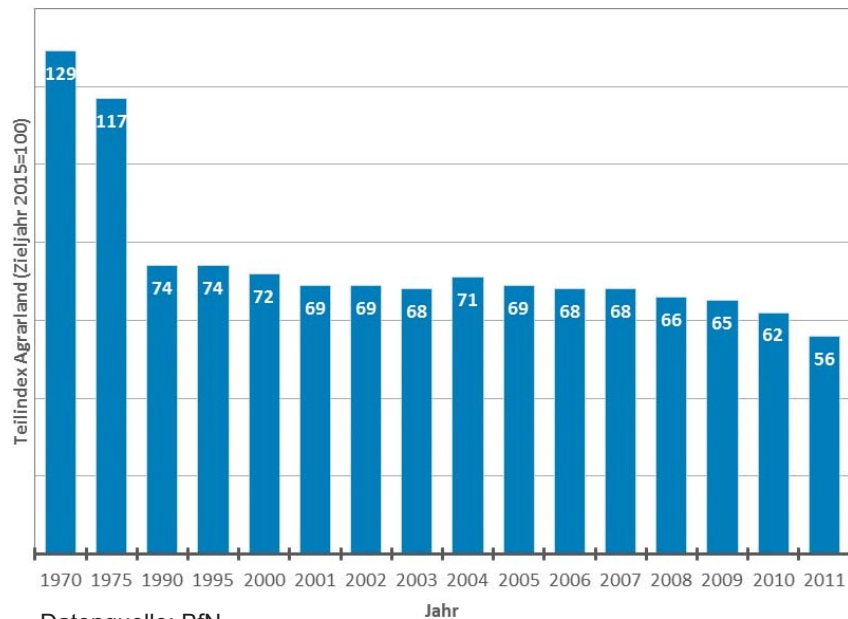
Aus unserer Sicht sind daher aktuell drei Problemfelder prioritär anzugehen: Der Verlust an Biodiversität, die Nährstoffbilanzüberschüsse und die Schädigung der Böden.

Biodiversität

Alle relevanten Biodiversitätsindikatoren⁴ belegen, dass der Artenrückgang bisher nicht gestoppt und die angestrebte Trendwende nicht realisiert werden konnte. Dies gilt nicht nur für die landwirtschaftlich genutzte Fläche, für diese jedoch besonders, da die negative Gesamtbilanz wesentlich durch die negative Entwicklung der Biodiversität im Agrarland beeinflusst wird. Exemplarisch zeigt dies die Bestandsentwicklung der im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ausgewählten Vogelarten für das Agrarland (s. Abb. 1).

Der Verlust und die Beeinträchtigungen von naturbetonten Biotopen in der Agrarlandschaft geht offenbar weiter; Gegenmaßnahmen wie die Forderung nach dem Aufbau eines Biotopverbundsystems durch die Länder auf 10 % der Landesfläche im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), die regierungsamtliche Strategie zur Biologischen Vielfalt und der Aufbau des Natura 2000-Schutz-

Abbildung 1: Entwicklung der Artenvielfalt im Agrarland
(basierend auf der Bestandsentwicklung ausgewählter Vogelarten)



gebietsnetzes (immerhin 15,4 % der Bundesfläche) haben zumindest bis dato nicht den erhofften Erfolg gezeitigt. Dies hat auch mit dem intensiven Pflanzenschutzmitteleinsatz zu tun, denn während die größten Grundwasserversmutzer unter den Pflanzenschutzmitteln vom Markt genommen wurden⁵, bleiben die indirekten Effekte des Pflanzenschutzmitteleinsatzes problematisch. Dazu gehört beispielsweise die Verknappung des Nahrungsangebotes für Vögel durch den gestiegenen Einsatz von Breitbandherbiziden.

Nährstoffüberschüsse

Die Bilanzüberschüsse bei Stickstoff und Phosphor sind zwar über die letzten Jahrzehnte gesunken, bleiben aber immer noch zu hoch. Der Stickstoffgesamtüberschuss rangiert im dreijährigen Mittel um die 100 kg N/ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, obwohl sich die

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie bereits bis zum Jahr 2010 einen Gesamtbilanzüberschuss von 80 kg N/ha zum Ziel gesetzt hatte.

Zu den Folgen gehört die Nitratbelastung des Grundwassers. Gemäß Erhebungen durch die Länder überschritten im Jahr 2012 ca. 14 % aller Grundwassermessstellen den Grenzwert von 50 mg Nitrat/l. Ohne zusätzliche Maßnahmen wird auch der vom EU-Recht (Wasserrahmenrichtlinie) geforderte „gute Zustand“ bei insgesamt 36 % der Grundwasserkörper nicht zu erreichen sein.⁶ Deutschland droht eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof wegen unvollständiger Umsetzung der Nitrat-Richtlinie in deutsches Recht. Die Bundesregierung will jedoch mit der anstehenden Novelle der Düngeverordnung sowie der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (unter

⁴ Dazu gehören die Indikatoren der Nationalen Biodiversitätsstrategie „Artenvielfalt und Landschaftsqualität“ und „Gefährdete Arten“. Beide Indikatoren zeigen nur marginale Veränderungen. Der für 2010 angestrebte Stopp beim Artenverlust nebst Trendwende konnte bislang nicht erreicht werden; das Ziel soll nun 2020 erreicht werden.

⁵ Sie sind aber mit abnehmender Tendenz immer noch im Grundwasser zu finden. Dies gilt beispielsweise für Atrazin und sein Abbauprodukt Desethylatrazin.

⁶ Der „gute Zustand“ gilt auch dann als verfehlt, wenn die Nitratgehalte an Messstellen zunehmen (steigender Trend) und gleichzeitig die Nitratkonzentration 75 % des Schwellenwertes von 50 mg Nitrat/l, also 37,5 mg/l übersteigt. Dies betrifft 22 % der Grundwasserkörper.

die auch Jauche, Gülle und Silage-Sickersäfte fallen) die Lücken schließen und eine Klage abwenden.

Problematisch bleiben auch die Ammoniak-Emissionen aus der Tierhaltung. Sie tragen zur Bildung von lungengängigem Feinstaub bei und fördern als nasse und trockene Depositionen die Versauerung und Eutrophierung empfindlicher (nährstoffarmer) Ökosysteme, etwa von Wäldern und Mooren. Hier sind wir ebenfalls nicht auf Linie des EU-Rechts, wir überschreiten unsere im Rahmen der NEC-Richtlinie festgesetzte nationale Emissionshöchstmenge von 550 kt um aktuell mehr als 100 kt. Ein diesbezügliches (weiteres) Vertragsverletzungsverfahren befindet sich vorerst noch in der Pilotphase; trotzdem besteht Handlungsbedarf, dem sowohl bei der Novellierung der Düngeverordnung (Güllelagerung mit Abdeckung; Ausbringung auf unbestelltem Ackerland mit Einarbeitung innerhalb von vier Stunden und weniger) als auch der TA Luft (obligatorische Abluftreinigung bei genehmigungsbedürftigen Intensiv-Schweinehaltungen) Rechnung zu tragen ist.

Boden

Die Landwirtschaft hat ein ureigenes Interesse, die Böden als ihre Produktionsgrundlage so zu bewirtschaften, dass deren Fruchtbarkeit sichergestellt und wenn möglich gefördert wird. Problematisch ist jedoch, dass bodenschädigendes Verhalten kurzfristig die Gewinne steigern kann und erst langfristig zu sinkendem Ertragspotenzial führt, während

Maßnahmen des Bodenschutzes kurzfristig Kosten verursachen und sich erst langfristig auszahlen. Dieser Umstand wird voraussichtlich vor dem Hintergrund kurzlaufender Pachtverträge noch an Brisanz gewinnen.

Böden sind dabei durch stoffliche und nicht-stoffliche Prozesse gefährdet. Zu den stofflichen Beeinträchtigungen gehört der Eintrag von Schwermetallen aus Mineral- und Wirtschaftsdüngern. Bei der Verwendung von Klärschlämmen und Komposten kommt u. a. noch die Gefahr der Belastung mit organischen Schadstoffen wie PAKs und PCBs hinzu. Zwar sind die jährlichen Frachten gering, doch solange die Einträge von Schadstoffen deutlich höher sind als die Austräge⁷ ist klar, dass die gegenwärtige Praktik nicht als nachhaltig gelten kann. Die Bundesregierung will daher konsequenterweise die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung beenden. Das wertvolle Phosphat aus dem Abwasserstrom muss zukünftig auf andere Weise in die Landwirtschaft zurückgeführt werden, abgekoppelt von Schadstoff-Flüssen.

Bodenerosion durch Wind und Wasser ist auf deutschen Ackerböden kein flächendeckendes Problem, sondern tritt abhängig von Standort und Bewirtschaftungsweise auf. Begünstigt wird dies auch durch den regional konzentrierten Maisanbau im Umfeld von großen Tierbeständen und Biogasanlagen. Etwa 14 % der ackerbaulich genutzten Fläche weist Modellierungen zufolge

einen mittleren langjährigen Bodenabtrag von mehr als 3 t/ha und Jahr allein durch Wassererosion auf.⁸ Ähnliches gilt für die Bodenverdichtung. Hier ist die Datenlage bisher zwar unzureichend, doch muss nach Schätzungen davon ausgegangen werden, dass Bodenverdichtung auf 10-20 % der deutschen Ackerflächen eine Rolle spielt.⁹

Bei der größten nicht stofflichen Bodengefährdung, dem Landverbrauch zugunsten von Siedlungs- und Infrastrukturf lächen ist die Landwirtschaft nicht verantwortlich, sondern Betroffene. Problematisch ist jedoch, dass der steigende Nutzungsdruck intern weitergegeben wird und bei rein quantitativer Betrachtung zu Lasten des Dauergrünlandes geht, während die Ackerfläche eher konstant bleibt (s. Abb. 2 A und B). Diese Entwicklung ist aus Klimaschutz- und Bodenschutzgründen besonders nachteilig.

Darüber hinaus spielt die landwirtschaftliche Moornutzung aus Bodenschutzgesichtspunkten eine wichtige Rolle, da hier die enge Verzahnung zwischen Bodenschutz und Klimaschutz besonders deutlich wird. Moorböden (Torfmoore und Anmoore) werden zu etwa 70 % landwirtschaftlich genutzt, was in der Regel mit der Trockenlegung einhergeht.¹⁰ Diese drainierten Moorböden machen etwa 7 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen aus, emittieren dabei aber rund 5 % der gesamten deutschen Treibhausgase und sind damit die größte Einzelquelle für Treibhausgase außerhalb des Ener-

⁷ I. Knappe, S. Möhler, A. Ostermayer, S. Lazar, C. Kaufmann (2008): Vergleichende Auswertung von Stoffeinträgen in Böden über verschiedene Eintragspfade. UBA-TEXTE 36/08, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau; www.umweltbundesamt.de/publikationen/vergleichende-auswertung-von-stoffeintragen-in

⁸ D. Wurbs, M. Steiniger (2011): Untersuchungen zu Auswirkungen des Klimawandels auf die Bodenerosion durch Wasser. UBA-TEXTE 16/2011, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau; www.umweltbundesamt.de/publikationen/wirkungen-klimaaenderungen-auf-boeden

⁹ UBA (2015): Bodenzustand in Deutschland zum „Internationalen Jahr des Bodens“ 2015. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau; www.umweltbundesamt.de/publikationen/bodenzustand-in-deutschland

¹⁰ B. Tiemeyer, A. Freibauer, M. Drösler, E. Albiac-Borraz, J. Augustin, M. Bechtold, S. Beetz, S. Belting, M. Bernrieder, C. Beyer, J. Eberl, T. Eickenscheidt, H. Fell, S. Fiedler, C. Förster, E. Frahm, S. Frank, M. Giebels, S. Glatzel, T. Grünwald, J. Heinichen, M. Hoffmann, J. Hommeltenberg, H. Höper, A. Lagner, K. Leiber-Sauheitl, T. Leppelt, C. Metzger, M. Peichl-Brak, S. Röhling, N. Roskopf, T. Rötzer, M. Sommer, M. Wehrhan, P. Werle, J. Zeitz (2013): Klimarelevanz von Mooren und Anmooren in Deutschland: Ergebnisse aus dem Verbundprojekt „Organische Böden in der Emissionsberichterstattung“. Thünen Working Paper 15. Braunschweig/Germany.

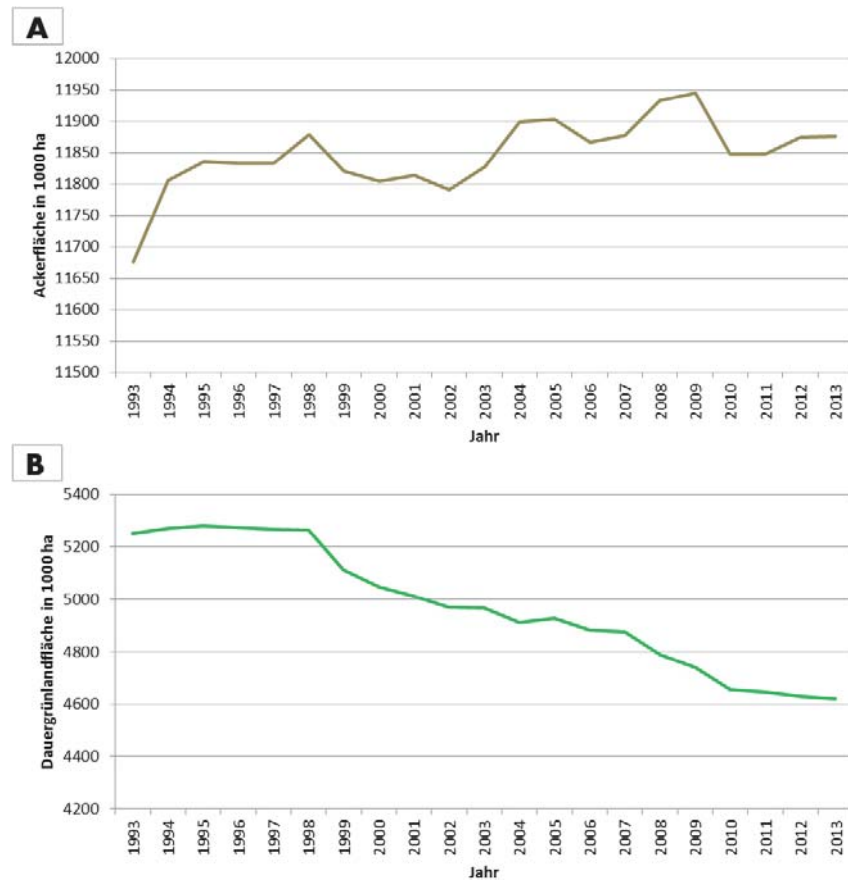
giesektors.¹¹ Problematisch ist dabei insbesondere die Ackernutzung auf rund 20 % der deutschen Moorböden, denn hier werden mit rund 44,2 t CO₂-Äquivalenten/ha und Jahr etwa doppelt so viel Treibhausgase emittiert wie unter Grünlandnutzung. Ackernutzung von Moorböden kann daher nicht als standortangepasste Nutzung gelten. Alternative Nutzungsformen gibt es viele: Sie reichen von der Grünlandnutzung bei aktivem Wasserhaushaltsmanagement über die Wiedervernässung bei Paludikulturnutzung bis hin zur Renaturierung.

Wie weiter?

Die Landwirtschaft verursacht die oben genannten Umweltwirkungen, sie ist allerdings nicht die allein Schuldige. Jeder landwirtschaftliche Betrieb versucht unter den gegebenen naturräumlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für sich das Optimum zu erwirtschaften. Wenn also massive negative Umweltwirkungen von der Landwirtschaft verursacht werden können, ist dies auch auf das Fehlen entsprechender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zurückzuführen, für die die Politik die Verantwortung trägt.

Aufgabe der Politik ist es daher, über das Ordnungsrecht entsprechende Mindeststandards einzuführen, die ausreichend kontroll- und sanktionsbewehrt sind, um die benannten Umweltprobleme zu vermeiden. Aufgabe der Politik ist es ebenfalls, dafür zu sorgen, dass Landwirte, die über diese Mindeststandards hinausgehend öffentliche Güter – also multifunktionalen Boden, Artenvielfalt und sauberes Wasser sowie saubere Luft – erwirtschaften, dafür auch entsprechend entlohnt werden. Daher sollte sich der Erhalt der Direktzahlungen künftig stärker

Abbildung 2: Entwicklung der Ackerfläche (A) und der Dauergrünlandfläche (B) in Deutschland.



Datenquelle: BMEL

am Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Güter“ ausrichten. Die Greening-Maßnahmen, die im Rahmen der letzten Agrarreform eingeführt wurden, hatten mit ihren Vorgaben zu Fruchtartendiversität, Grünlandschutz und ökologischen Vorrangflächen ursprünglich dies zum Ziel. Im Laufe der Verhandlungen wurden die Vorgaben jedoch derart verwässert, dass zu befürchten ist, dass sie auf der Fläche nur geringfügige Verbesserungen bringen. Diese dürften allerdings kaum ausreichend sein, um den Umfang der eingesetzten öffentlichen Gelder zu rechtfertigen.

Im eigenen Interesse sollte sich die Landwirtschaft proaktiv der von ihr verursachten Umweltprobleme annehmen und sich verän-

derten rechtlichen Rahmenbedingungen gegenüber aufgeschlossen zeigen. Vermutlich schon bei der für 2017/2018 vorgesehenen Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP), spätestens aber 2020, wenn die nächste GAP-Reformrunde ansteht und wieder über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU verhandelt wird, wird die Legitimierung der Landwirtschaftssubventionen erneut in Frage gestellt werden. Sollte sich die gesellschaftliche Akzeptanz der Landwirtschaft bis dahin nicht merklich verbessert haben, besteht die Gefahr, dass die Landwirtschaftssubventionen eine ähnliche Entwicklung nehmen wie die Subventionierung des Steinkohlebergbaus in Deutschland, die nach langer Talfahrt 2018 ganz eingestellt wird. ■

¹¹ UBA (2015): Bodenzustand in Deutschland zum „Internationalen Jahr des Bodens“ 2015. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau; www.umweltbundesamt.de/publikationen/bodenzustand-in-deutschland

Antibiotika-Datenbank verfehlt ihren Zweck

Jürgen Hammer

Mit der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes (AMG) hat der Staat einige hehre Ziele im Auge, die in der Tierärzteschaft und der Landwirtschaft im Großen und Ganzen unbestritten sind. Warum gibt es dann so viel Kritik und Unmut unter den Tierärztl-innen und Landwirt-innen?

Die systematische Erfassung der Behandlungen mit Antibiotika und die Senkung des Antibiotikaeinsatzes bei landwirtschaftlichen Nutztieren sind erklärtes Ziel der AMG-Novelle. Hierdurch soll das Risiko der Resistenzbildung von Bakterien minimiert werden. Gleichzeitig sollen der Gesundheitsstatus von landwirtschaftlichen Nutztieren erhöht und der Tierschutz verbessert werden. Darüber hinaus soll eine effektive Überwachung des Antibiotikaeinsatzes stattfinden.

Meldung und Maßnahmen

Tierhalter oder ihre Tierärzte müssen seit 2014 halbjährlich den Antibiotikaverbrauch bei bestimmten landwirtschaftlichen Nutztieren an die HIT (Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere)-Datenbank (staatlich) oder an das private QS-System melden. Erfolgt letzteres, meldet QS an die HIT-Datenbank weiter. Zu melden sind: die Bezeichnung des angewendeten Arzneimittels, die Anzahl und Art der behandelten Tiere, die Zahl der Behandlungstage, die Gesamtmenge des angewendeten Arzneimittels und die Anzahl der in jedem Halbjahr gehaltenen Tiere der jeweiligen Tierart.

Gemeldet werden müssen nur Daten von Masttieren aus dem Geflügelbereich, der Schweinemast und der Rindermast. Nicht gemeldet werden müssen Behandlungen in der Legehennenhaltung, der Milcherzeugung sowie der Sauen- und Saugferkelhaltung. Für jede Tierart gibt es Bestandsuntergrenzen bis zu denen nicht gemeldet werden muss, bei Mastschweinen liegt diese Grenze bei 250 im Durchschnitt eines Kalenderhalbjahres.

Aus den gemeldeten Daten wird die Therapiehäufigkeit ermittelt, d. h. die Anzahl der Tiere, die in einem

Halbjahr in einem Bestand mit Antibiotika behandelt wurde, wird auf den Gesamtbestand der im Betrieb gehaltenen Tiere bezogen. Die errechneten Kennzahlen sollen dem Tierarzt und dem Landwirt zeigen, wo er im bundesdeutschen Vergleich steht. Gehört der Betrieb zu den 25 % der Bestände mit dem höchsten Antibiotikaeinsatz (dem sog. 4. Quartil), so muss er, zusammen mit seinem Tierarzt, einen Plan erstellen, wie er den Antibiotikaverbrauch minimieren will und diesen dem zuständigen Veterinäramt vorlegen. Geschieht dies nicht, ist eine Reihe von Anordnungen, von der Verringerung der Belegdichte über Impfmaßnahmen bis hin zum Verbot, die betreffenden Masttiere zu halten, möglich.

Große Eile bei der Verabschiedung der 16. AMG-Novelle

Um zu verstehen, warum das Gesetz in dieser Form, auch gegen fachlichen Einwand, in großer Eile verabschiedet wurde, muss ein Blick auf die politische Situation der letzten Jahre geworfen werden. Aufgrund von Kampagnen und Artikeln (z. B. in der „Zeit“: Die Rache aus dem Stall) gegen die sog. Massentierhaltung glauben die meisten Deutschen, dass Resistenzprobleme in der Humanmedizin von Tierärzten und Bauern verursacht werden. Fakten werden häufig ignoriert. Die tatsächliche Situation hat z. B. Bernd-Aloys Tenhagen, Bundesinstitut für Risikobewertung, in seinem Vortrag „Antibiotikaresistenz bei Nutztieren – Übertragungswege zum Menschen“ im Forum Antibiotikaresistenz auf der Internationalen Grüne Woche 2015 dargestellt.¹ Obwohl bei einzelnen resistenten Keimen Übertragungen vom Tier zum Menschen vorkommen, ist sein Fazit: Die Verbesserung von Tierhaltung und Lebensmittelgewinnung löst das Resistenzproblem der Humanmedizin nicht.

Die öffentliche Diskussion um den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung löste auf politischer Ebene den Druck aus, Ergebnisse zu präsentieren. Auch an die zuständigen Behörden wurde der Druck weitergegeben, welche nun unter dem Zwang stehen,

Jürgen Hammer

Tierarzt, 36318 Schwalmatal, vet.j.hammer@t-online.de

¹ www.bfr.bund.de/cm/343/antibiotikaresistenz-bei-nutztieren-uebertragungswege-zum-menschen.pdf



Tierarzt Jürgen Hammer mit Landwirt im Stall

die 16. AMG-Novelle zu verteidigen, wie beim 3. „Interdisziplinären Symposium Multiresistente Erreger“ im Oktober 2015 in Stuttgart geschehen. Dort hieß es: „Wir müssen etwas vorweisen und haben nichts anderes.“

Fehlende Meldungen – fehlerhafte Zahlen

Wie bei jedem neuen System der Datenerfassung kam es auch bei der Meldung von Antibiotikabehandlungen an die HIT-Datenbank zu Anfangsschwierigkeiten, zumal nicht nur der Ist-Zustand erhoben, sondern gleichzeitig eine Reduktion des Antibiotikaverbrauchs erreicht werden sollte. Viele Landwirte haben ihre Antibiotikaawendungen aus den unterschiedlichsten Gründen gar nicht gemeldet. Ein Teil von ihnen soll mit dem komplizierten Eingabesystem nicht klargekommen sein, andere waren gar nicht über die Eingabepflicht informiert.

Nachdem die ersten Halbjahreszahlen im Frühjahr 2015 bereits veröffentlicht worden waren, recherchierten NDR, WDR und Süddeutsche Zeitung eklatante Fehler bei der Sammlung der Daten und ihrer Interpretation. In Schleswig-Holstein hatten nur 40 %, in Baden-Württemberg unter 50 % und in Nordrhein-Westfalen weniger als 80 % der Betriebe ihre Antibiotikabehandlungen gemeldet und die zuständigen Ministerien in Bayern, Sachsen und Brandenburg konnten keinerlei Aussagen über die erhobenen Daten machen.²

Aus der unvollständigen Datensammlung – es wurde unterstellt, dass Betriebe, die ihren Antibiotikaeinsatz nicht gemeldet hatten, auch keine eingesetzt hätten – wurden nun betriebsindividuelle Therapiehäufigkeiten errechnet. Das erste Quartil, also die 25 % der Betriebe mit den meisten Antibiotikatherapien, wurden verpflichtet, Minimierungspläne bei den Veterinärämtern vorzulegen. Vielen Amtstierärzten fehlt jedoch das Wissen, um diese Pläne zu beurteilen.

Auch bei der Meldung für das nächste Halbjahr kam es wieder zu unvollständigen Zahlen, diesmal sollte das Ausmaß jedoch nicht bekannt werden. Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) verhängte eine Informationssperre, so dass Behörden keine Zahlen zum Meldeverhalten der Landwirte mehr herausgeben dürfen.

Nichtsdestoweniger wurden vom BMEL Ende Juli 2015 erste Erfolge durch das Antibiotika-Monitoring vermeldet: 27 % weniger Antibiotika seien an die Tierärzte abgegeben worden. Lediglich die Menge an sog. Reserveantibiotika, die in der Humanmedizin eine große Rolle spielen, wie z. B. Cephalosporine, sei von 12 t auf 15 t pro Jahr gestiegen. Zum Vergleich: In der Humanmedizin werden von diesen Reserveantibiotika über 300 t jährlich eingesetzt. Die festgestellte Reduktion der an Tierärzte abgegebenen Mengen kann allerdings rein zeitlich nichts mit den geforderten Minimierungsplänen zu tun

² Studie zu Antibiotika basiert auf eklatanten Fehlern, in: Süddeutsche Zeitung, 28.04.2015.



Erhöhter Informationsbedarf, erhöhter Verwaltungsaufwand

haben. Diese konnten den Behörden noch bis zum Juli 2015 vorgelegt werden.

Ob die genannte Reduktion des Antibiotikaeinsatzes einen Einfluss auf die Gesundheit der Tiere hat, ist nicht bekannt, da dies nicht untersucht wird. Inzwischen gibt es allerdings sogar bei Bündnis 90/ Die Grünen, die die Einführung der Datenbank gefordert hatten, Bedenken. In einer Presseerklärung vom 2.11.2015 wird von ihnen beklagt, dass aus Furcht, in eine höhere Kategorie der Antibiotika-Datenbank zu kommen, die Tiere nicht mehr ordnungsgemäß, also zu kurz und mit zu geringer Dosis, behandelt werden, was insbesondere im Hinblick auf die Resistenzentwicklungen kontraproduktiv ist.

Aus einer erhöhten Einstufung erfolgen zusätzlich zu den bereits stattfindenden Kontrollen im Ackerbau und in der Schweinehaltung (Cross Compliance, Schweinehaltungshygieneverordnung etc.) neue Kontrollen und ein erhöhter Verwaltungsaufwand. Dieser Aufwand ist gerade auch für Familienbetriebe kaum noch zu schaffen und fördert den Strukturwandel. Viele Schweinehalter reden – auch wegen der Preiskrise – von einer Aufgabe des Betriebes. Somit würden Strukturen zerstört, die eigentlich geschützt werden sollten.

Eine Manipulationsmöglichkeit für Landwirte, die Zahl der Behandlungen in der Datenbank zu verringern, ist die Angabe, Behandlungen größerer Tiere vorgenommen zu haben. Für ein 90 Kilo-Schwein können drei 30 kg-Läufer behandelt werden; dies ergibt einen Behandlungstag statt dreien. Eine zweite Möglichkeit ist, die Behandlung von Mastschweinen auf Sauen und Saugferkel zu schreiben, da diese nicht an die HIT-Datenbank gemeldet werden müssen. Zu glauben, dass aus diesen Daten realistische Zahlen zu bekommen seien, dazu gehört eine große Portion Optimismus. Obwohl es Vorschläge für eine aussagekräftige Datenerfassung gibt, wird mit der bestehenden weiter erhoben und werden auf dieser Grundlage Minimierungspläne von den Tierhaltern verlangt. Endgültig außer Kontrolle gerät der Antibiotikaeinsatz, wenn die Landwirte auf den ausgeübten Druck mit Einkäufen im Internet reagieren. In China lässt sich alles bestellen.

Reduktion möglich

Wichtig wäre, erstens nur den Ist-Zustand zu messen, damit es keine Motive für die Betriebe gibt, die Antibiotika-Behandlungen zu verschleiern. Zweitens müsste in der Schweinehaltung die Behandlung von Sauen und Saugferkeln einbezogen werden. Drittens muss die eingesetzte Menge der Antibiotika pro Tier erfasst werden und nicht nur die Behandlungstage, um Manipulationen vorbeugen zu können. Und vierens muss ein Abgleich mit den Tierverlusten im Beobachtungszeitraum erfolgen, um feststellen zu können, ob die Tiergesundheit leidet, wenn Antibiotika reduziert werden. Nicht zuletzt kann eine Verbesserung der Tiergesundheit durch eine tiergerechtere Haltung und Fütterung bei geringeren Leistungsanforderungen erreicht werden und dadurch den Antibiotikaeinsatz senken.

Gar nichts Gutes?

Als positiver Effekt der 16. AMG-Novelle ist eine erhöhte Sensibilisierung gegenüber dem Einsatz von Antibiotika, die kritische Beurteilung der eigenen Behandlungen sowie auch die Suche nach Alternativen – jedenfalls bei einem Teil der Tierärzte und Landwirte – anzusehen. ■

Ergänzende Literatur

Antibiotikaresistenz in Nutztierbeständen und Lebensmitteln – ihre Bedeutung für die Humanmedizin und Handlungsoptionen für das Risikomanagement. BfR-Mitteilung Nr. 003/2015 vom 22. Januar 2015, download: www.bfr.bund.de/cm/343/antibiotikaresistenz-in-nutztierbestaenden-und-lebensmitteln-ihr-bedeutung-fuer-die-humanmedizin-und-handlungsoptionen-fuer-das-risikomanagement.pdf

Neue Wege in der Agrarkommunikation

Hans-Heinrich Berghorn

Die moderne, arbeitsteilig organisierte deutsche Landwirtschaft steht im Mittelpunkt einer erregten Debatte. Lautstarke und politisch einflussreiche Teile der Gesellschaft, darunter Nichtregierungsorganisationen aus dem Tier-, Natur- und Umweltschutz, organisierte Verbraucherschützer und auch politische Parteien fordern vor allem im Bereich der Nutztierhaltung Änderungen. Auch die Medien greifen den Themenkomplex „Landwirtschaft-Ernährung-Lebensmittel“ ausführlich auf und nicht zuletzt sorgt die online-Welt dafür, dass die Menschen mit immer neuen Erregungszyklen über tatsächliche oder vermeintliche Skandale in der Landwirtschaft in Atem gehalten werden.

Der Rechtfertigungsdruck bei den Kritisierten ist hoch, auch weil die Kritik von mehreren Seiten kommt – über die politische Schiene, d. h. aus den Parlamenten, zunehmend aber auch über die Marktschiene, insbesondere in Form von steigenden Auflagen des Lebensmitteleinzelhandels. Adressaten der offen oder unterschwellig vorgetragenen Vorwürfe sind meist die überwiegend konventionell produzierenden Bauernfamilien im Lande. Die Kritik trifft aber auch die Sektoren, die direkt oder indirekt mit der Landwirtschaft verbunden sind und ökonomisch von ihr abhängen. Tenor und Vehemenz der Anwürfe sind allerdings nicht neu.

Analyse landwirtschaftlicher Kommunikation im Ausland

Bereits vor einigen Jahren zeichnete sich ab: Die heimische Landwirtschaft steht vor einer Herausforderung, die mit den herkömmlichen Mitteln nicht zu bewältigen sein würde. Vor diesem Hintergrund gab die Stiftung Westfälische Landschaft 2012 eine Studie in Auftrag, die 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Auftrag der Autoren war es seinerzeit, in England, Irland und den USA Problemstellungen und Lösungsansätze landwirtschaftlicher Kommunikation zu analysieren. Darauf aufbauend sollten dann möglichst konkrete Vorschläge für die Kommunikation der heimischen Landwirtschaft ausgearbeitet werden.

Die Studie empfiehlt zunächst, sich den „Themen hinter den Themen“ zu widmen, denn hinter der Kritik an der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung verbergen sich nach Ansicht der Autoren Claudia und Hans-Heinrich Berghorn weitere Themen: die Kritik an der konventionellen Landwirtschaft und noch tiefer ein grundlegendes Unbehagen an der wachstumsorientierten, westlichen Lebensweise. Ganz am Ende steht die Frage: „Durch welche Maßnahmen kann auch die Landwirtschaft dazu beitragen, diese Welt zu retten?“

Die Studie plädiert dafür, sich den Kontext der laufenden gesellschaftlichen Debatte über Landwirtschaft und Ernährung, die „Werte-Diskussion“, bewusster zu machen. Die Landwirtschaft müsse klären, wofür sie stehen wolle. Für Teile der Öffentlichkeit sei dies unklar, die öffentliche Wahrnehmung des Sektors entsprechend heterogen. Während die ökologische Landwirtschaft für gesunde Nahrungsmittel und die „Teilhabe an der Weltrettung“ stehe, sei die konventionelle Landwirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Sieben Strategien für mehr Akzeptanz und Vertrauen

Um diesen für die Branche nicht nur unbefriedigenden, sondern bedrohlichen Umstand zum Bes-

seren zu wenden, empfiehlt die Studie sieben Strategien für mehr Akzeptanz und Vertrauen und unterlegt diese mit sog. „Best-Practice-Beispielen“ aus den besuchten Ländern. Die Empfehlungen der Autoren in Kurzform:

Klarheit für künftiges Handeln schaffen:

Die heimische Landwirtschaft muss sich zunächst neu verorten, um eine ideelle Grundlage für künftiges Handeln zu schaffen. Angesichts vieler unappetitlicher Bilder aus der Nutztierhaltung und zahlreicher negativer Berichte über Landwirtschaft sind viele Menschen nicht „gegen die Bauern“; sie sind aber verunsichert, wofür die Landwirte in diesem Lande stehen. Hier muss Klarheit geschaffen werden – und zwar durch die Bauern selbst. Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband hat dies getan und nach US-amerikanischem Vorbild in seiner „Havichhorster Erklärung“¹ von 2013 eine Standortbestimmung vorgenommen, hat Werte, Sorgen und Ziele der heimischen Bauern auf den Punkt gebracht. Das Dokument ist seither von zentraler Bedeu-

Hans-Heinrich Berghorn

Westfälisch-Lippischer
Landwirtschaftsverband
(WLV)

Tel. (0251) 4175-107
hans-heinrich.berghorn@
wlv.de



Foto: B. Roski

¹ www.wlv.de/im_fokus/berichte/2013/07/havichhorster_erklaerung_verabschiedet.php



In England werden Fakten zur Landwirtschaft seit Jahren im Rahmen einer Öffentlichkeits-Kampagne kommuniziert, wobei auch die emotionalen Komponenten nicht zu kurz kommen.

tung für die Kommunikation mit Kritikern wie auch innerhalb der Mitgliedschaft.

Bauern als Experten für landwirtschaftliche Kernthemen:

Die zweite Strategie besteht darin, durch eigene Anstrengungen die Deutungshoheit über das Image der Bauern und das Bild der Landwirtschaft zurückzugewinnen, zu agieren statt bloß zu reagieren. Derzeit dienen Bauern vor allem als Projektionsfläche für die Wünsche und Vorstellungen anderer und werden weltweit in Marketingkampagnen instrumentalisiert. Wenn die Bauern wieder als Experten zu landwirtschaftlichen Kernthemen gefragt sein wollen, müssen sie viel entschiedener und kraftvoller auftreten als bisher. Angesichts eines zutiefst positiven Images, das bis in die Bibel zurückreicht, verfügen sie

über einen Schatz, um den sie viele andere Berufsgruppen beneiden.

Mehr Öffentlichkeitsarbeit:

Viele Menschen haben heute jeglichen Kontakt zur Landwirtschaft und zu Bauern verloren. Sie kennen zwar den Preis von Lebensmitteln, aber nicht mehr deren Wert. Daher empfiehlt die Studie den Bauern, die Öffentlichkeit stärker zu informieren, denn wer mehr weiß, kann auch mehr Verständnis (und im Idealfall gar Vertrauen) aufbringen. Hierbei ist die Vermittlung von Fakten wichtig, aber die Herzen der Adressaten wird man nur erreichen, wenn die Ansprache auch emotionale Komponenten aufweist. Entscheidend ist neben dem Nährwert auch der individuelle Mehrwert dessen, was der Bauer produziert. Es muss dem Verbraucher erklärt werden, was die heimische Landwirtschaft alles leistet – für die Volkswirtschaft, für die Umwelt, für erneuerbare Energien, für Arbeitsplätze, für das Tierwohl usw. In England sind diese Botschaften seit Jahren fester Bestandteil einer berufsständischen Kampagne.

Ausbildung Agrarkommunikation:

Zielgerichtete, erfolgreiche Kommunikation geschieht nicht von selbst. Hierfür braucht es professionelle Kommunikatoren, die derzeit nicht in ausreichender Zahl für die Branche zur Verfügung stehen. Daher lautet die vierte Empfehlung der Studie, relevante Studieninhalte in die Lehrpläne der Fachschulen und Agrarwissenschaftlichen Fakultäten aufzunehmen. Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband hat hier die Initiative ergriffen und mit Unterstützung aus der Branche – nach US-amerikanischem Vorbild – zum Wintersemester 2015/16 die erste deutsche Stiftungsprofessur für Agrarkommunikation² an der Hochschule Osnabrück

auf den Weg gebracht. Derzeit laufen Initiativen, auch an den Fachschulen für Agrarwirtschaft, mehr Kompetenzen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu vermitteln.

Internetbasierte Kommunikation:

Nirgends erfolgen Kommunikation und Meinungsbildung so schnell und mit so gewaltigem Echo wie im Internet. Diesen Umstand sollte auch die Landwirtschaft nutzen. Nach Jahren der Zurückhaltung, in denen der online-Bereich weitgehend den Kritikern der modernen Landwirtschaft überlassen wurde, hat hier nun ein erfreuliches Umdenken eingesetzt. Die fünfte Strategie der Studie empfiehlt, diesen Bereich als strategischen Bereich zu erkennen und entsprechend zu unterstützen. Es gilt, mit authentischer Begeisterung für die Landwirtschaft neue Freunde und Verbündete für die Branche zu finden und zu unterstützen. Das heißt auch, sich der Sprache, den Regeln und z. T. auch Zumutungen der internetbasierten Kommunikation zu öffnen. Und mit etwas Glück erntet man ja vielleicht statt des erwarteten „shit storm“ sogar einen „candy storm“.

Klima wechselseitiger Wertschätzung schaffen:

Auch in der Kommunikation über landwirtschaftliche Themen gilt: Menschen wollen nicht belehrt, beschimpft oder verbal erniedrigt werden. Leider wird der gesellschaftliche Diskurs über Landwirtschaft und Ernährung in Teilen jedoch auch als Glaubenskrieg geführt. Entsprechend tief sind die Verletzungen, entsprechend verhärtet sind die Fronten. Einen Ausweg aus dieser Sackgasse bietet die sechste Strategie der Studie – die Strategie des Heilens, um ein neues Klima wechselseitiger Wertschätzung zu schaffen. Hier heißt es für die Landwirtschaft, aktiv Möglichkeiten zur Begeg-

² www.al.hs-osnabrueck.de/medien-und-csr-kommunikation.html

nung zu schaffen, denn wer Vertrauen schaffen will, muss zu nächst Nähe erstellen. Trotz der vielfältigen, nicht zu vernachlässigenden Möglichkeiten des Internets erscheint das analoge Erleben eines authentischen Bauern auf seinem Hof hier immer noch als die beste Wahl. Jeder Tag des offenen Hofes, jedes Hoffest und jedes Gespräch mit dem Verbraucher am Feldrand ist eine gute Gelegenheit, auf direktem Weg Feindbilder zu entkräften (oder zu verfestigen).

Aufbau einer Kommunikationsstruktur: Die letzte und sicherlich auch am schwierigsten umzusetzende Strategie der Studie lautet: Bündeln! In der heutigen Mediendemokratie mit ihren zyklischen Erregungswellen bedarf es einer kontinuierlichen, koordinierten und integrierten Kommunikation, um mit seinen Argumenten Gehör zu finden. Und das kostet Geld. Seit dem Ende der CMA im Jahr 2009 fehlt der Landwirtschaft eine solide finanzierte Struktur zur Kommunikation des wertegeleiteten Handelns der Bauernfamilien von heute. Diese aufzubauen und mit einer stabilen Finanzbasis zu versehen, ist die vielleicht größte Herausforderung, vor welcher der landwirtschaftliche Berufsstand aktuell steht. Der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband konkretisiert derzeit erste Vorüberlegungen, wie eine solche Struktur aussehen könnte.

Auch wenn neue Wege in der Agrarkommunikation erforderlich sind, muss nicht alles falsch sein, was bisher schon mit viel Engagement getan wurde. Im Gegenteil: Viele Maßnahmen haben sich bewährt. Sie waren, sind und bleiben gut. Dazu gehört u. a. die kontinuierliche Arbeit mit meinungsbildenden Gruppen, wie Volontären bei den Verlagen und Referendaren an den Schulen. Immer stärker muss auch der

The screenshot shows the website 'Bauernhof.net' with a navigation menu including 'Tiere', 'Ackerbau', 'Haus & Hof', 'Spiel & Spaß', 'Lernort Bauernhof', and 'Kontakt'. The main content area is titled 'Rinder' and 'Verdauung der Kuh'. The article 'So funktioniert der Magen einer Kuh' explains that the digestive organs of a ruminant are built differently from those of a human or pig. It lists the four stomachs (Pansen, Netzmagen, Blättermagen, Labmagen), the small intestine, and the large intestine. A diagram of a cow's digestive system is shown, and a button links to a stable visit.

Quelle: www.bauernhof.net

direkte Kontakt mit Kritikern der Landwirtschaft gesucht werden, denn dieser Ansatz bietet die Chance, Dinge zurechtzurücken und auch selbst dazuzulernen. Einen weiteren Schwerpunkt berufsständischer Arbeit bildet auch künftig die Information der jungen Generation, die immer weniger Landwirtschaft aus eigener Anschauung kennenlernt.

Leicht verständliche Informationen rund um die Landwirtschaft erfreuen sich großer Beliebtheit und mit seinem Internetangebot www.bauernhof.net bietet der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband den ganz Kleinen das, was der i.m.a e.V. (www.ima-agrar.de) für die Schulen im gesamten Bundesgebiet leistet. ■

Weitere Informationen in:

Neue Wege der Agrarkommunikation. Studie im Auftrag der Stiftung Westfälische Landschaft. Claudia und Hans-Heinrich Berghorn. Landwirtschaftsverlag GmbH, Münster-Hiltrup. 2013.

Als Download verfügbar unter:

www.wlv.de/dokumente_oeffentlich/2013/Studie_Agrarkommunikation.pdf

